

Zur Zukunft sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Baden-Württemberg

Eine Projektion der Beschäftigtenlücke bis 2040

Jens Greve

Die demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahren zu einer weiteren Alterung der Bevölkerung führen und die Zahl der erwerbsfähigen Personen dabei massiv sinken. Um das Ausmaß dieser Entwicklung für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abzuschätzen, wird hier analysiert, was geschehen müsste, um das derzeitige Niveau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Baden-Württemberg auch in Zukunft zu erreichen. Verwendet werden hierzu Daten zur Altersverteilung von Beschäftigten und Bevölkerungsvorausrechnungen des Landesamtes.

Soll das Niveau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den kommenden Jahren aufrechterhalten werden, zeigt sich ein enormer Handlungsbedarf. Nicht nur wird die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Älteren und der Frauen massiv erhöht werden müssen, sondern zudem wird weiterhin ein hohes Maß an Zuwanderung, aber auch eine gelingende Integration der bereits hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt erforderlich sein. Eine Analyse auf Ebene der Stadt- und Landkreise zeigt, dass Kreise in unterschiedlichem Maß von diesen Herausforderungen betroffen sein werden.

Die Ausgangslage

In den nächsten Jahren wird sich das Erwerbstätigenpotenzial in Baden-Württemberg im Ganzen aller Voraussicht nach massiv verringern. Am 30. Juni 2022 und am 30. Juni 2023 waren in Baden-Württemberg jeweils 42 % der Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt.¹ 96 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren dabei in der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen zu finden. In den kommenden 16 Jahren wird der Anteil dieser Altersgruppe Vorausrechnungen zufolge deutlich schrumpfen. An dieser Stelle kann auf zwei Quellen zur Bevölkerungsvorausrechnung zurückgegriffen werden. Verwendet werden zum einen zwei Projektionen des Statistischen Landesamtes

Baden-Württemberg. In einer Projektion wird unterstellt, dass es zu keiner weiteren Zuwanderung kommt. Dies ist eine reine Modellannahme, sie erlaubt es aber, den Effekt der Zuwanderung für die Bevölkerungsentwicklung zu bestimmen. Ein weiteres Modell geht von einer weiterhin hohen Zuwanderung aus. Hierbei wird unterstellt, dass sich für Baden-Württemberg ab 2028 ein Wanderungssaldo von 40 000 ergibt: „Hintergrund dieser Annahmen bildet die Überlegung, dass sich Baden-Württemberg auch in Zukunft wirtschaftlich gut entwickeln und daher weiterhin sehr attraktiv für Arbeitssuchende aus dem EU-Ausland bleiben wird. Zudem erscheint es plausibel, dass die EU ihre in den letzten Jahren restriktive Flüchtlingspolitik wieder lockern könnte und dadurch der Zustrom von außerhalb der EU unter anderem auch aufgrund des Klimawandels wieder zunehmen könnte.“² Die Bertelsmann Stiftung hat ebenfalls eine Prognose zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung veröffentlicht.³ Im Gegensatz zur Prognose des Statistischen Landesamtes geht diese von einer stärkeren Steigerung bis 2025 aus, rechnet danach aber mit geringeren Zuwanderungs- und somit niedrigeren Zuwachsraten.

Ausgehend von den drei Modellen lässt sich abschätzen, wie sich der Bevölkerungsanteil der 20- bis 64-Jährigen der Gesamtbevölkerung verändern wird. Geht man vom Modell ohne Wanderung aus, so wird der Anteil dieser Gruppe in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2040 um 8 % sinken (von 59,7 % auf 51,7 %). In den beiden Modellen, die weiterhin mit Zuwanderung rechnen, sinkt der Anteil ebenfalls – allerdings nur um rund 5 % (Schaubild 1).

In absoluten Zahlen liegt die Differenz zur Bevölkerungsgruppe der 20- bis 64-Jährigen im Jahr 2022 ohne Wanderung in Baden-Württemberg bei rund 1,2 Millionen Personen und mit unterstellter Wanderung bei rund 460 000 bis 470 000 Personen.

Wie lässt sich die resultierende Lücke im Beschäftigungssystem schließen? Hier lassen sich drei Mechanismen benennen:



Dr. Jens Greve ist Privatdozent für Soziologie an der Universität Bielefeld und Lehrbeauftragter am Max-Weber-Institut der Universität Heidelberg.

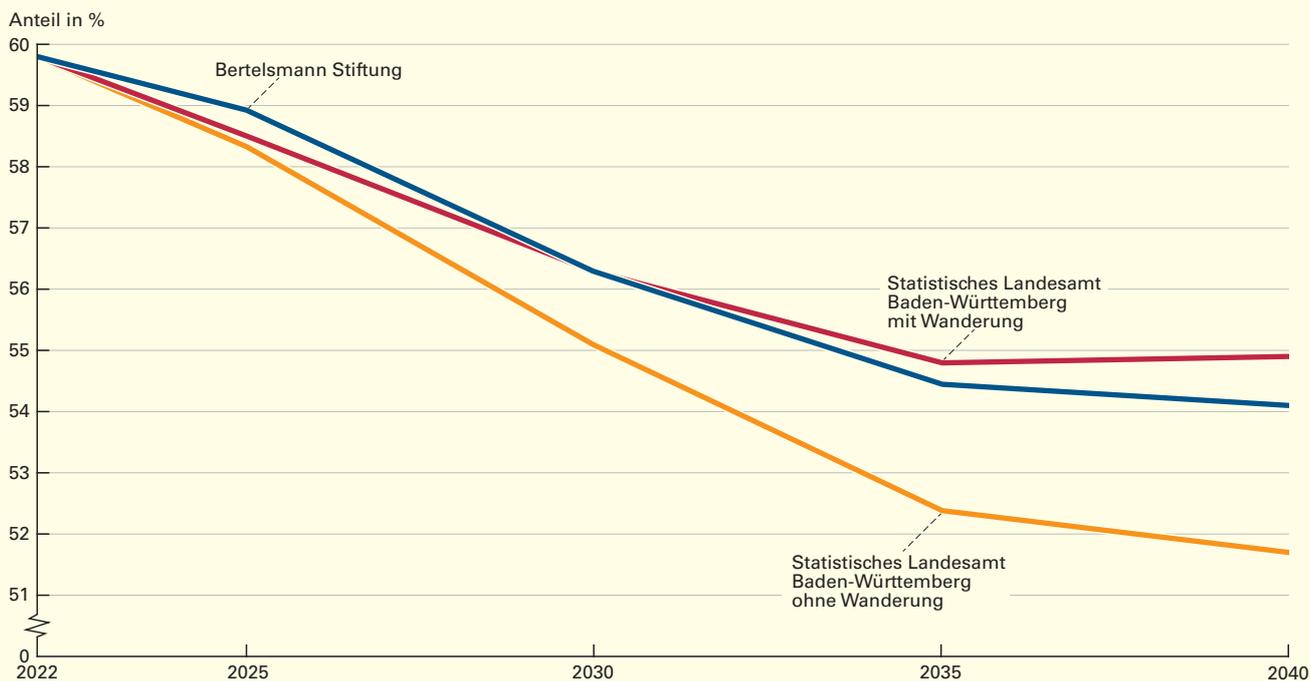
1 GENESIS-Tabelle: 13111-06-02-4 Regionaldatenbank Deutschland; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

2 <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Vorausrechnung/Methoden.jsp> (Abruf: 24.07.2024).

3 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/wegweiser-kommunede/projektnachrichten/bevoelkerungsvorausrechnung> (Abruf: 24.07.2024).

S1

Bevölkerungsanteil der 20- bis 64-Jährigen in Baden-Württemberg 2022 sowie Vorausberechnungen bis 2040 nach drei Prognose-Modellen



Datenquellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und BertelsmannStiftung; eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

411 24

4 Kaiser, Monika: Steigender Personalbedarf in der Pflege. Demografischer Wandel: Mehr Pflegebedürftige, weniger Personal, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2022.

5 Schon in den vergangenen Jahren ist der Beschäftigtenzuwachs in Deutschland wesentlich auf die Arbeitsmarktintegration von Ausländerinnen und Ausländern zurückzuführen gewesen. Vgl. Fratzscher, Marcel: Darum ist Zuwanderung die Grundlage für unseren Wohlstand, https://www.diw.de/de/diw_01.c.905086.de/nachrichten/darum_ist_zuwanderung_die_grundlage_fuer_unseren_wohlstand.html (Abruf: 24.07.2024). Das gilt auch für Baden-Württemberg. Zwischen 2008 (30.06.) und 2023 (30.06.) ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg um 1 006 672 Personen gestiegen. Hiervon waren 481 528 Personen Deutsche und 525 144 Ausländerinnen und Ausländer. Genesis 13111-02-02-4, Regionaldatenbank Deutschland. Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Erstens könnte der nicht gedeckte Arbeitskräftebedarf bei sinkenden Beschäftigungsquoten durch den Einsatz von Technik und Rationalisierungen kompensiert werden. Wieweit dies möglich ist, kann hier nicht diskutiert werden. Zu bedenken ist aber zum einen, dass der analysierte Zeitraum kurz ist und im Bereich der Produktion und Verwaltung daher rasch ein massiver technologischer Schub einsetzen müsste. Zum anderen werden personenbezogene Dienstleistungen weiterhin nachgefragt werden – im Bereich der Pflege und des Gesundheitswesens sogar noch stärker als bislang.⁴ Schließlich sichern die Beiträge aus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zentrale wohlfahrtstaatliche Leistungen, die bei sinkenden Anteilen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entfallen oder durch Steuererhöhungen kompensiert werden müssten.

Ein zweiter Mechanismus besteht in einer Hebung des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials. Dies würde verschiedene Aspekte umfassen: zum einen durch die Ausdehnung von Arbeitszeiten – hier insbesondere die Erhöhung der Vollzeitquote unter den Beschäftigten, zum anderen durch die Integration von erwerbsfähigen, aber bislang nicht erwerbstätigen Personen in die Beschäftigung.

Ein dritter Mechanismus liegt in der Sicherung oder auch Steigerung der Zuwanderung durch Arbeitskräfte. Da die allgemeine demografische Entwicklung ein gesamtdeutsches Phänomen darstellt, wird es hier vor allem um die Zuwanderung und Integration von ausländischen Personen in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gehen.⁵

Zur Modellierung

Die folgenden Modellierungen gehen von drei Variablen aus: den Beschäftigungsquoten in den Altersgruppen, der möglichen Integration bislang nicht erwerbstätiger Personen in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und schließlich dem Zuwanderungsniveau. Hier ergeben sich jeweils zwei Möglichkeiten:

- Die **Beschäftigungsquoten** in den Altersgruppen bleiben gleich oder sie steigen.
- Die **ungenutzte Reserve am Arbeitsmarkt** wird nicht aktiviert oder sie wird aktiviert.
- Es findet keine weitere **Zuwanderung** statt oder es findet weiterhin Zuwanderung auf einem hohen Niveau statt.

Zu den Variablen im Einzelnen:

■ Beschäftigungsquoten

Zwischen den einzelnen Altersgruppen ergeben sich unterschiedliche Beschäftigungsquoten in Baden-Württemberg. Von den unter 20-Jährigen sind nur 4,8 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt, bei den 30- bis 49-Jährigen werden rund 72 % erreicht. Unterschiedlich fallen die Beschäftigungsquoten je nach Geschlecht aus (Tabelle 1).

Um zu bestimmen, in welchem Maße die Erhöhung der Beschäftigungsquoten dazu beitragen könnte, die oben analysierte Lücke zu schließen, wurden zwei Modelle verglichen. In einem Modell wurde unterstellt, dass diese Quoten auch 2040 noch vorliegen werden. Dies ist aber keine realistische Annahme, denn die erhöhte Nachfrage nach Beschäftigten wird diese Quoten sicherlich erhöhen. In welchem Maße ist natürlich nicht genau bestimmbar, aber sicherlich ist zu vermuten, dass zu diesem Zeitpunkt mehr ältere Personen beschäftigt sein werden.⁶ Für jüngere Personen bis 25 Jahre, wird es angesichts sich verlängernder Ausbildungszeiten eher unwahrscheinlich sein, den Beschäftigungsanteil deutlich zu erhöhen. Im Bereich der 30 bis 49-Jährigen wird eine Steigerung bei den männlichen Beschäftigten ebenfalls nicht zu erreichen sein, da diese mit einem Anteil von 78 % bereits sehr hoch liegt und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht mit der Erwerbstätigkeit identisch ist (2022 machten in Baden-Württemberg die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 74 % aller Erwerbstätigen aus). Unterstellt wurden für eine Steigerung der Beschäftigungsquoten:

- Die Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen erhöht sich auf 60 %.
- Die Beschäftigungsquote der 65-bis 69-Jährigen erhöht sich auf 25 %.
- Über alle Gruppen hinweg erhöht sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen auf 95 % der Quote der Männer.

Das sind relativ „zuversichtliche“ Annahmen, die sich vermutlich nur tendenziell erreichen lassen.

■ Die ungenutzte Reserve am Arbeitsmarkt

Um die Größe dieses Potentials abzuschätzen, wurden Daten des statistischen Bundesamtes genutzt, die sich auf ganz Deutschland beziehen.⁷ Für 2018 und 2019 ergibt sich für die

T1

Altersgruppenspezifische Beschäftigungsquoten in Baden-Württemberg 2022 nach Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahre	Insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
unter 20	4,8	5,5	4,0
20–25	60,2	63,2	56,8
25–30	71,6	74,6	68,3
30–50	71,9	78,0	65,7
50–60	69,6	72,3	66,8
60–65	50,8	53,7	47,9
65 und mehr	3,0	3,9	2,2
Insgesamt	42,0	45,9	38,2

Datenquellen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort, GENESIS-Tabelle: 13111-06-02-4; Regionaldatenbank Deutschland. Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Stichtag jeweils 30.06.); eigene Berechnungen.

Gruppe derjenigen, die zwischen 15 und 74 Jahre alt sind für Deutschland eine Quote von rund 3,7 %. Sie umfasst diejenigen, welche als erwerbslos gemeldet waren oder zur stillen Reserve gerechnet werden (Nichterwerbspersonen, die gerne arbeiten würden, dem Arbeitsmarkt aber nicht kurzfristig zur Verfügung stehen). Da die Erhöhung der Beschäftigungsquoten nur durch die Nutzung bislang ungenutzter Potenziale möglich ist, wirken beide Mechanismen nicht additiv. Um die Größenordnung dieses Potenzials zu verdeutlichen: Für Baden-Württemberg lag diese Reserve 2022 rechnerisch bei rund 314 000 Personen – bei einer Arbeitslosenzahl von 227 463 (Bundesagentur für Arbeit). Für die Berechnung unten wird die erwartete Zahl von Personen zwischen 15 und 74 Jahren im Jahr 2040 zugrunde gelegt.

■ Zuwanderung

Um den Effekt der Zuwanderung abzubilden, wurden die beiden Modelle des Statistischen Landesamtes verglichen. Ergänzend kann hier die Vorausberechnung der Bertelsmann Stiftung hinzugenommen werden, welche (wie bereits erwähnt) ebenfalls mit einer weiteren Zuwanderung nach Baden-Württemberg rechnet.

Resultate

Geht man von den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes und der Bertelsmann Stiftung aus, so ergibt sich ein alar-

6 Der Anteil der über 60-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg bereits deutlich angestiegen. Dieser Anteil lag 1982 bei 2,5 %, 2002 bei 3,2 % und ist 2012 auf 5,5 % gestiegen. Im Jahr 2022 lag er dann bereits bei 10,2 %. Breitschwert, Jan /Stroh, Martina: Beschäftigung im demografischen Wandel. Belegschaften werden immer älter, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11+12/2023, S. 29.

7 Erwerbsstatus von Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren – Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial, https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/ungenutztes-arbeitskraefte-potenzial_inter_net_insgesamt.html (Abruf: 24.07.2024). Nicht einbezogen sind in die Quote von 3,7 % unterbeschäftigte Personen, das heißt solche, die in Teilzeit tätig sind, aber gerne mehr arbeiten würden. Sie wurden in der Analyse nicht berücksichtigt, da sie als beschäftigte Personen bereits erfasst sind. Weil die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg niedriger ausfällt als im Bund, dürften 3,7 % eher eine Überschätzung des Potenzials darstellen.

mierendes Bild. Nur unter äußerst optimistischen Annahmen kann innerhalb der nächsten 16 Jahre das bisherige Niveau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufrechterhalten werden (*Schaubild 2*).

Für Baden-Württemberg zeigt sich, dass es nicht möglich sein wird, die bevorstehende Lücke ohne eine massive Erhöhung der Beschäftigungsquoten insbesondere der Älteren und der Frauen zu schließen. Dabei ist zu beachten, dass diese Steigerungen noch über die Ausschöpfung der unterstellten Reserve hinausgehen müssten. Ebenfalls unumgänglich ist ein weiterhin hohes Maß an Zuwanderung – ohne sie wird es nicht gehen.

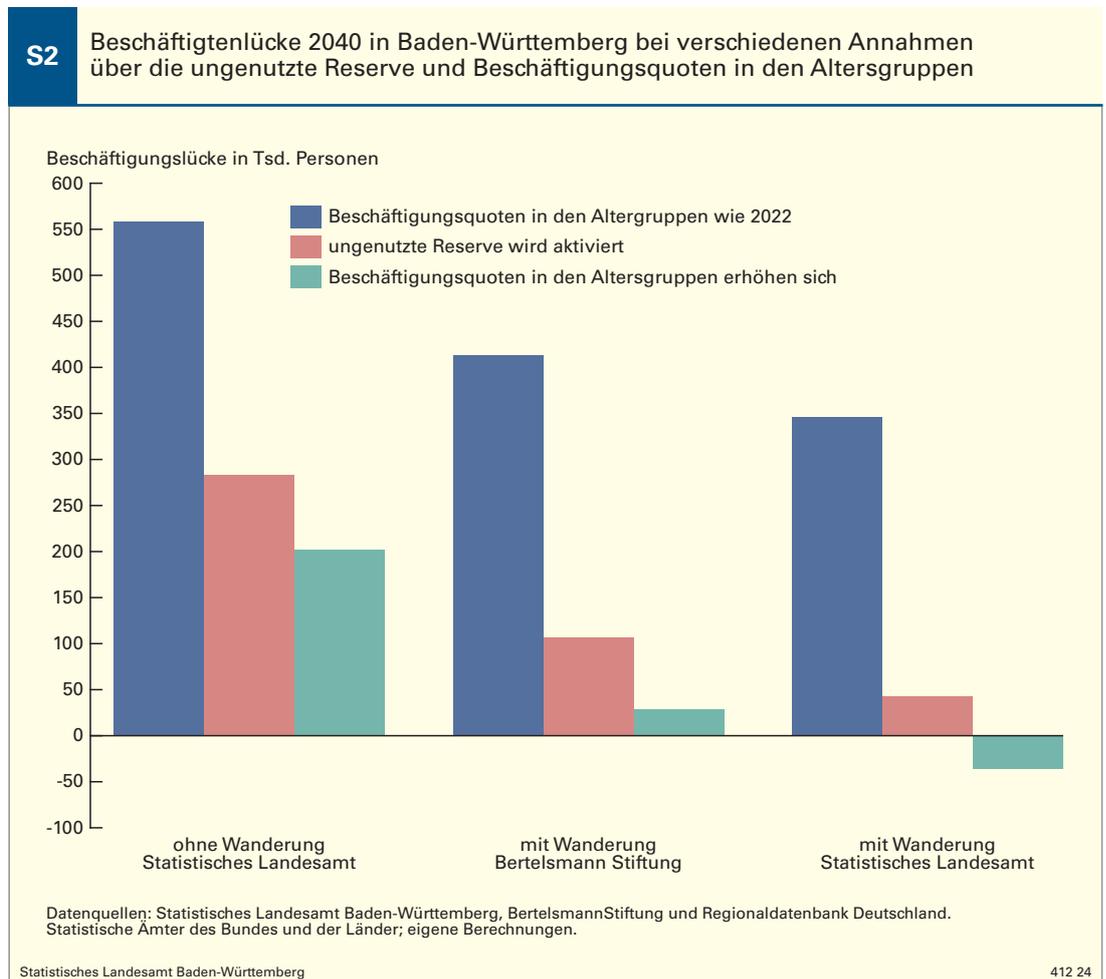
Regionale Differenzen

In einem zweiten Schritt wurde die Analyse auf Ebene der Stadt- und Landkreise wiederholt.⁸ Durchgängig zeigt sich auch hier, dass die Beschäftigtenlücke nur unter der Annahme eines weiterhin hohen Zuwanderungsgeschehens geschlossen werden kann sowie einer ergänzenden Erhöhung der Beschäftigtenquoten der Älteren und der Frauen (*Tabelle 2*).

Ganz deutlich unterscheiden sich Stadt- und Landkreise. In allen Stadtkreisen kann die unterstellte Lücke bei den getroffenen optimistischen Annahmen 2040 geschlossen werden. Im Mittel erreichen diese unter diesen Annahmen sogar eine Steigerung von 2,1 % über das Niveau von 2022 hinaus. Für die Landkreise ergibt sich im Schnitt nur eine Steigerung von 0,3 %, wobei hier einige Landkreise rein rechnerisch die Lücke nicht schließen können. Dies betrifft immerhin 16 von 35 Landkreisen.

Wodurch ergeben sich diese unterschiedlichen Entwicklungen? Zurückzuführen ist das naheliegender Weise auf die jeweils unterschiedlichen Altersstrukturen. Deutlich zeigt sich dies für den Anteil der 30- bis 49-Jährigen an der Bevölkerung im Jahr 2022 (*Schaubild 3*). Dies korreliert im Übrigen signifikant mit dem jeweiligen Anteil der ausländischen Bevölkerung, da der Anteil der 30- bis 49-Jährigen in der ausländischen Bevölkerung deutlich über dem Anteil dieser Altersgruppe in der deutschen Bevölkerung liegt.

Für wie gravierend die regionalen Differenzen gehalten werden müssen, hängt auch



⁸ Verwendet wurden hierfür nur die Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes.

T2 Beschäftigtenlücke 2040: Projektionen für die einzelnen Kreise in Baden-Württemberg

Stadtkreis (SKR) Landkreis (LKR) Land	Gleichbleibende Beschäftigungsquoten		Aktivierung der ungenutzten Reserve		Erhöhung der Beschäftigungsquoten		Verhältnis Beschäftigte am Wohnort zu Beschäftigten am Arbeitsort (30.06.2022) ¹⁾
	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	
	Wanderung		Wanderung		Wanderung		
	in %						
Alb-Donau-Kreis (LKR)	12,2	8,7	6,4	2,7	3,6	-0,1	1,5
Baden-Baden (SKR)	11,7	6,8	5,1	0,0	2,7	-2,5	0,7
Biberach (LKR)	12,0	8,9	6,2	3,0	3,8	0,5	1,0
Böblingen (LKR)	11,6	7,2	5,6	1,1	1,4	-3,3	0,9
Bodenseekreis (LKR)	11,7	5,4	5,0	-0,6	3,3	-3,3	1,0
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	11,3	5,9	5,0	-0,6	5,5	0,1	1,3
Calw (LKR)	12,9	8,4	7,1	2,4	4,3	-0,3	1,4
Emmendingen (LKR)	12,5	7,2	6,6	1,0	6,7	1,4	1,3
Enzkreis (LKR)	12,9	7,9	6,9	1,8	4,6	-0,5	1,3
Esslingen (LKR)	13,4	8,2	7,4	2,1	5,3	0,1	1,1
Freiburg im Breisgau (SKR)	9,4	5,1	2,5	-2,2	4,5	-0,3	0,7
Freudenstadt (LKR)	13,6	9,0	7,9	3,1	4,7	-0,1	1,1
Göppingen (LKR)	12,4	7,5	6,2	1,2	2,3	-2,7	1,2
Heidelberg (SKR)	8,0	4,8	0,5	-3,1	1,7	-1,3	0,6
Heidenheim (LKR)	11,9	7,5	5,9	1,3	2,1	-2,5	1,1
Heilbronn (LKR)	13,7	9,8	7,9	3,9	4,4	0,3	1,1
Heilbronn (SKR)	11,1	7,0	5,2	0,9	2,5	-1,5	0,7
Hohenlohekreis (LKR)	13,6	9,7	8,1	4,0	5,2	1,0	0,9
Karlsruhe (LKR)	14,0	9,1	7,4	3,7	5,8	0,8	1,2
Karlsruhe (SKR)	9,6	5,1	2,4	-1,2	3,0	-0,6	0,7
Konstanz (LKR)	11,6	6,6	4,8	-0,4	6,2	1,2	1,0
Lörrach (LKR)	12,5	7,1	5,0	-0,7	6,7	1,5	1,0
Ludwigsburg (LKR)	12,7	8,2	6,8	2,0	3,7	-1,0	1,1
Main-Tauber-Kreis (LKR)	12,8	7,6	6,9	1,6	5,2	-0,1	1,0
Mannheim (SKR)	12,3	5,1	6,0	-1,4	3,7	-3,2	0,7
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	13,4	9,1	7,4	2,9	4,2	-0,3	1,3
Ortenaukreis (LKR)	12,7	7,7	6,9	1,7	5,4	0,3	1,0
Ostalbkreis (LKR)	13,3	8,4	7,3	2,1	3,3	-1,9	1,0
Pforzheim (SKR)	9,6	5,1	3,4	-1,4	0,0	-4,7	0,9
Rastatt (LKR)	14,1	8,3	8,3	2,4	4,7	-1,3	1,1
Ravensburg (LKR)	12,5	7,7	6,5	1,5	5,3	0,4	1,0
Rems-Murr-Kreis (LKR)	13,1	8,0	7,1	1,8	4,4	-0,9	1,2
Reutlingen (LKR)	12,4	7,7	6,4	1,5	4,4	-0,4	1,1
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	13,3	7,8	7,4	1,6	5,1	-0,4	1,2
Rottweil (LKR)	12,1	7,3	6,2	1,2	3,7	-1,3	1,0
Schwäbisch Hall (LKR)	12,7	9,1	6,9	3,2	4,2	0,4	1,0
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	10,7	6,1	4,6	-0,1	3,2	-1,5	1,0
Sigmaringen (LKR)	13,6	8,9	7,7	2,8	6,5	1,7	1,2
Stuttgart (SKR)	12,0	2,3	5,6	-4,4	5,0	-4,1	0,6
Tübingen (LKR)	11,1	8,2	4,7	1,5	4,3	1,2	1,0
Tuttlingen (LKR)	10,5	7,1	4,6	1,0	2,5	-1,1	0,9
Ulm (SKR)	10,6	4,6	4,5	-1,8	2,8	-3,1	0,6
Waldshut (LKR)	10,8	6,2	3,2	-1,7	7,2	2,9	1,0
Zollernalbkreis (LKR)	13,7	8,7	7,7	2,5	6,1	1,0	1,1
Baden-Württemberg	12,4	7,2	6,3	0,9	4,5	-0,8	1,0

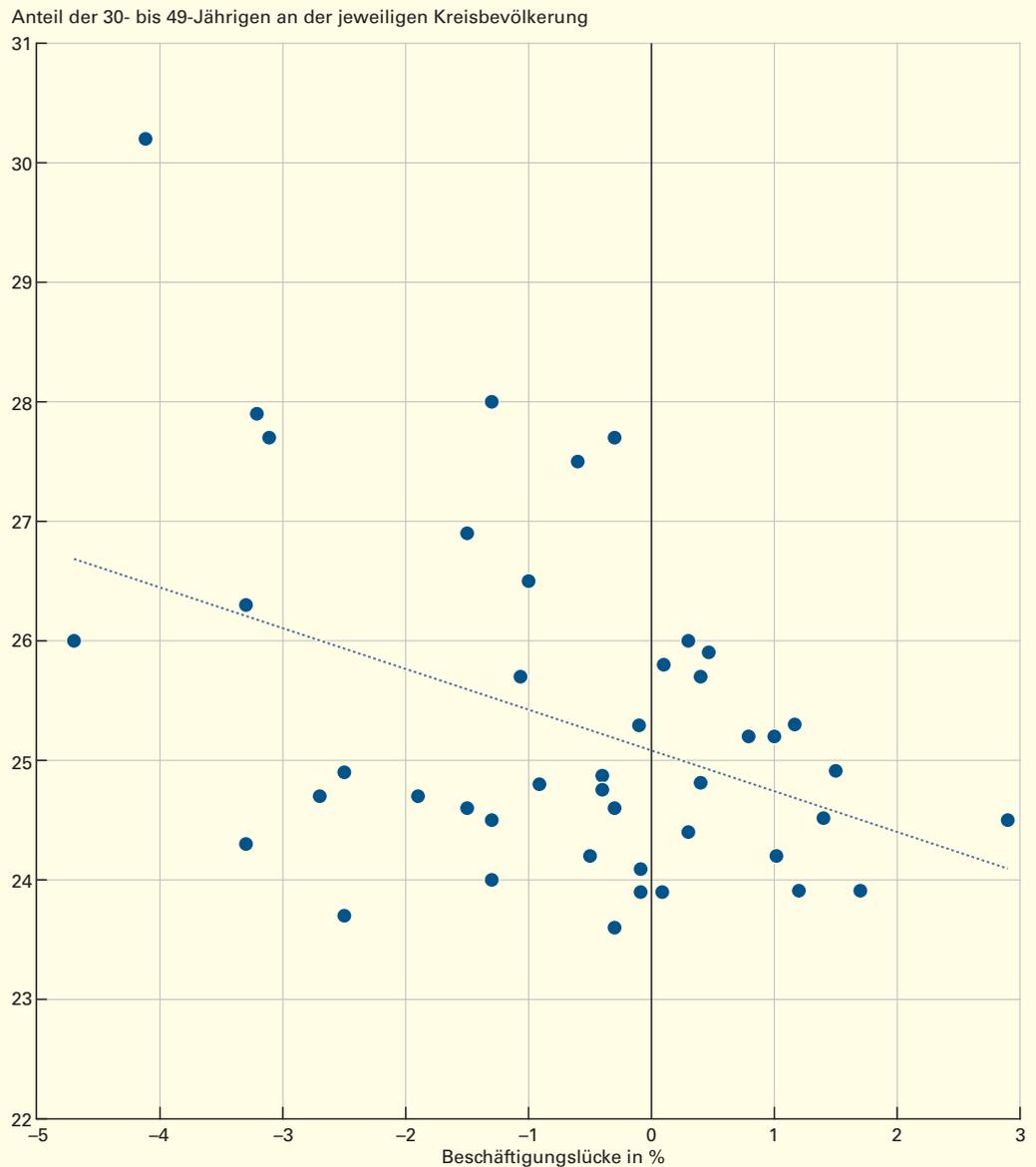
Erläuterung: Die Zahlen in Spalten 2 bis 7 geben an, wie groß die Lücke bezogen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2040 ausfallen wird, wenn das Beschäftigungsniveau des Jahres 2022 zugrunde gelegt wird. Das Verhältnis von Arbeits- und Wohnort (Spalte 8) bezeichnet das Verhältnis der im Kreis Beschäftigten (Arbeitsort) zu denen, die im Kreis wohnen. Zum Beispiel wohnten 2022 im Alb-Donau-Kreis 89 060 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, es arbeiteten im Kreis aber nur 58 552 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Die Zahl der am Wohnort ansässigen Personen lag daher anderthalb mal höher als die Zahl der Beschäftigten im Kreis. Der Alb-Donau-Kreis ist also ein „abgebender“ Kreis. Anders verhält es sich in Baden-Baden. Dort ist die Zahl der einpendelnden Beschäftigten höher als die der auspendelnden.

1) Da die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sich auf inländische Beschäftigte bezieht, fließen Personen, die im Ausland beschäftigt sind, nicht in die Statistik mit ein.

Datenquellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

S3

Zusammenhang zwischen dem Anteil der 30- bis 49-Jährigen an der jeweiligen Kreisbevölkerung Baden-Württembergs 2022 und der projizierten Beschäftigtenlücke 2040*



*) Mit erhöhten Beschäftigtenquoten und Zuwanderung.

Datenquellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen; Korrelation: $r = -0,4236$; $p = 0,004$.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

410 24

von Frage ab, wie sich in den Kreisen das Verhältnis von Beschäftigten am Wohn- und am Arbeitsort darstellt. So ließe sich einerseits argumentieren, dass Kreise, die durch eine stärkere Abgabe von Beschäftigten in umliegende Kreise gekennzeichnet sind, das entfallende Arbeitskräftepotenzial besser kompensieren können als Kreise, welche auf die Beschäftigung kreisfremder Personen angewiesen sind. Andererseits könnte die Attraktivität von kreisfremder Beschäftigung für die abgebenden Kreise eine zusätzliche Belastung darstellen. In welche Richtung die Belastungen also wirken (oder ob sie sich

neutralisieren), lässt sich nicht vorhersagen. Sicherlich besonders herausgefordert sind Landkreise, in denen die Beschäftigungslücke der Projektion zufolge nicht geschlossen werden kann und die nicht über starke Pendelbewegungen mit angrenzenden Kreisen gekennzeichnet sind (siehe Tabelle 2, Spalte 8), so zum Beispiel die Landkreise Biberach, Tübingen oder Schwäbisch-Hall.

Eine besondere Situation ergibt sich für die Landkreise, in denen schon jetzt viele Menschen in der Schweiz beschäftigt sind – 2022 pendelten aus Baden-Württemberg in die

Schweiz rund 58 250 Menschen (Bundesamt für Statistik Schweiz, Grenzgängerstatistik), wohingegen nur 859 Personen mit Schweizer Wohnsitz in Baden-Württemberg sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren (Bundesagentur für Arbeit: Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – Einpendler nach Kreisen). Da die Nachfrage nach Beschäftigten auch in der Schweiz künftig stark zunehmen wird,⁹ ist davon auszugehen, dass sich in den bereits dorthin abgehenden Landkreisen Baden-Württembergs die Beschäftigungslage zusätzlich schwieriger gestalten wird. Dies betrifft die Kreise Lörrach (22 125 Pendelnde in die Schweiz), Waldshut (14 862 Pendelnde in die Schweiz), Konstanz (10 608 Pendelnde in die Schweiz) und – in schon ganz deutlich geringerem Maße – die Kreise Breisgau-Hochschwarzwald (3 264 Pendelnde in die Schweiz) sowie Freiburg (2 519 Pendelnde in die Schweiz) (Bundesamt für Statistik Schweiz, Grenzgängerstatistik, für 2022).

Zuwanderung

Wie die Analyse gezeigt hat, wird es – soll das Beschäftigungsniveau im Ganzen erhalten bleiben – neben einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Älteren und der Frauen unumgänglich sein, weiterhin auf Zuwanderung zu setzen. Aus dieser Sicht ist die Entwicklung der vergangenen Jahre positiv zu bewerten.¹⁰ Neue gesetzliche Rahmenbedingungen wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erlauben zudem eine leichtere Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte. Aber nicht nur die Gewinnung von ausländischen Arbeitskräften ist entscheidend, sondern auch ihre dauerhafte Integration. Bislang werden nämlich Zuwanderungen von hohen Abwanderungszahlen begleitet.¹¹ So standen 2023 in Baden-Württemberg 405 700 Zuzügen 322 100 Fortzüge gegenüber.¹² In den Jahren 2014 bis 2023 lag die Zahl der Zugewanderten insgesamt bei 9 031 432 bei einer Abwanderung von 8 229 165 Personen. Rechnerisch lag der Anteil der verbleibenden Personen in diesem Zeitraum also bei lediglich knapp 9 % (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).

Wie für die Bundesrepublik im Ganzen gilt auch für Baden-Württemberg, dass die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten neben der EU-Osterweiterung durch Fluchtmigration bestimmt wurde. Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist zwar ein langwieriger Prozess, kann aber nicht zuletzt aufgrund der Altersstruktur dieser

Gruppe einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung leisten. So zeigt eine Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), dass zwar die Erwerbstätigenquoten Geflüchteter „mit weniger als 10 Prozent im ersten Jahr nach dem Zuzug noch gering“ ausfallen, sich aber im Zeitverlauf deutlich steigern. „Im Durchschnitt erreichen sie sechs Jahre nach dem Zuzug 57 Prozent, sieben Jahre nach dem Zuzug 63 Prozent und bei einer Aufenthaltsdauer von acht und mehr Jahren 68 Prozent“.¹³ Wobei 90 % dieser Erwerbstätigen einer sozialversicherungspflichtigen Betätigung nachgingen.¹⁴ Dass sich das Beschäftigungsniveau rasch erhöht, lässt sich dem IAB zufolge auf den Abbau institutioneller Hürden während des Aufenthalts zurückführen, aber auch „Sprach- und andere Integrationsprogramme erleichtern [...] schrittweise die Integration in den Arbeitsmarkt“.¹⁵ Dass das Niveau der Erwerbstätigkeit der Geflüchteten auch 8 Jahre nach der Zuwanderung rund 10 % unter dem der gesamten Erwerbsbevölkerung zurückbleibt, ist auf die Geschlechterdifferenz in dieser Gruppe zurückzuführen. „Nach acht und mehr Jahren Aufenthalt in Deutschland übertrifft die Erwerbstätigenquote der geflüchteten Männer mit 86 Prozent die durchschnittliche Quote der männlichen Bevölkerung in Deutschland (81 %). Dagegen liegt die Erwerbstätigenquote der geflüchteten Frauen mit 33 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung (72 %)“.¹⁶ Nicht zuletzt hier liegt demnach ein weiteres Potenzial zur Sicherung der Zukunft der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. ■

 www.statistik-bw.de/Arbeit/
Leben und Arbeiten
Arbeit

9 Buchmann, Manuel: Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Schweizer Arbeitsmarkt, in: Budliger, Hendrik (Hrsg.): Demografischer Wandel und Wirtschaft. Demografie und Wirtschaft. Springer Gabler. Wiesbaden. 2021.

10 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Pressemitteilung 171/2024: Baden-Württemberg: Per Saldo knapp 84 000 Zuzüge im Jahr 2023, <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemittellungen/2024171> (Abruf: 24.07.2024).

11 Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris/Weber, Brigitte: Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060. Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen. IAB-KURZBERICHT 25/2021; Boockmann, Bernhard et al.: Abschlussbericht. Vorstudie zur Abwanderung von ausländischen Fachkräften, im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. AZ: 13-21-0003, 2022, https://www.iaw.edu/files/dokumente/ab_04_2021/Vorstudie_Fachkraefteabwanderung_2022.pdf (Abruf: 24.07.2024).

12 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Pressemitteilung 171/2024: Baden-Württemberg: Per Saldo knapp 84 000 Zuzüge im Jahr 2023, <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemittellungen/2024171> (Abruf: 24.07.2024).

13 Brücker, Herbert/Ehab, Maye/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya: Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen fördern die Erwerbstätigkeit. IAB-KURZBERICHT 10/2024, S. 2.

14 Ebenda, S. 2.

15 Ebenda, S. 1.

16 Ebenda, S. 3.